

**Wolfgang Michels**

Vorsitzender der CDU-Fraktion  
im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

**Sperrfrist: 19. Okt. 2017  
17.00 Uhr**

**Rede**

**zum**

**Haushalt 2018**

**am**

**19. Oktober 2017**

***Es gilt das gesprochene Wort!***

## **Haushaltsrede 2018 des CDU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Michels in der Ratssitzung am 19.10.2017**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

besondere Verhältnisse erfordern besondere Maßnahmen. Und deshalb zeige ich heute keine Bilder. Sie müssen mir also nur ihr Ohr leihen.

Ich werde zu fünf Komplexen etwas sagen:

1. Formales
2. Benchmark
3. Konnexität
4. Sparen
5. Einnahmesteigerung

### **Formales**

Bei der Einbringung des Haushalts hat der Kämmerer gut strukturiert dargelegt, an welchen Punkten unser Haushalt leidet. Einige Folien hätten aus meinen vorjährigen Reden sein können. Beim Einbringen des Haushaltes legte er tatsächlich seine Finger in die Wunden, durch die immer wieder neue Schulden entstehen. Leider war er nicht mutig genug dies auch konsequent umzusetzen. Das ist schade.

Ärgerlich ist nach wie vor das, wenn es gedruckt ist, etwa 8 cm dicke Werk, das sich Haushaltsentwurf nennt. Für die digitalen Freunde sind es dreizehn MB.

Dieses Werk enthält eine Menge an Informationen, die leicht zu einem Information-Overkill führen. Hinzu kommt noch, dass durch Neu- und Umorganisation etliche Zahlen mit denen des Vorjahres nur sehr schwer oder gar nicht zu vergleichen sind.

Auch hat uns ein Gutachter vor Jahren geraten, dass weitere Informationen unbedingt aufgenommen werden müssten, wie Ziele, die immer wieder aus dem Vorjahr übernommen werden, und Deckungsgrade, die für eine Reihe von Abteilungen völlig

unsinnig sind. All das führt dazu, dass dieses Buch nur sehr schwer zu lesen und noch schwerer zu verstehen ist. Wir sind meilenweit von einem transparenten Haushalt entfernt.

Absolute Spitze ist der Stellenplan. Er stellt weder die Ist-Situation dar, denn er soll ja vorausschauen. Er stellt aber auch die Zukunft nicht dar, denn er stimmt mit den eingeplanten Geldern nicht überein. Vielmehr soll man sich 25 Seiten lang damit auseinandersetzen, dass Frau Müller von Gehaltsgruppe EG 5 nach S 4 befördert wurde.

Unseres Erachtens müsste der Haushaltsentwurf auf das Wesentliche reduziert werden. Für speziell Interessierte, könnte der Ballast in einem Anhang zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen des Arbeitskreises „Haushalt“, den wir schon seit Jahren fordern, und den der Kämmerer nun einberufen hat, sollte dieses Problem nun endlich einer Lösung zugeführt werden.

Und noch etwas Formales. Die CDU-Fraktion hat in der Vergangenheit vor der Haushaltsverabschiedung mit jedem gesprochen und diskutiert, der ein Gespräch wünschte. Diese Verhandlungen waren teilweise recht hart und zogen sich über eine geraume Zeit hin. Wir haben ausgelotet, wo Gemeinsamkeiten bestanden und wo Kompromisse möglich waren. Dieses als Hinterzimmerpolitik zu bezeichnen ist schon eine ziemliche Frechheit.

Von bestimmter Seite wird immer wieder vorgebracht, dass in den Ausschüssen diskutiert werden müsse. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir irgendeine Fraktion, Gruppe oder Einzelmitglied daran gehindert haben, in den Ausschüssen Fragen zu stellen oder Vorschläge einzubringen. Ich kann mich aber sehr wohl daran erinnern, dass von den Leuten, die immer wieder laut nach Diskussionen in den Ausschüssen rufen, keine Beiträge, über die man hätte diskutieren können, in die Ausschüsse eingebracht wurden.

### **Benchmark**

In meinen vorherigen Haushaltsreden habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass es Kommunen gibt, die weniger einnehmen und dennoch in einigen Bereichen mehr Gelder für die Daseinsvorsorge zur Verfügung haben. Eine Wiederholung dieser Aufzählung erübrigt sich an dieser Stelle; man kann diese in meinen Haushalts-

reden der Vorjahre nachlesen. Auch Professor Junkernheinrich gibt in seinem jährlich erscheinenden „Kommunalen Finanzreport“ für den RVR jede Menge Hinweise. Wir fordern, dass sich die Verwaltung auf allen Ebenen mit anderen Kommunen abstimmt, die zwar den EURO auch nur einmal ausgeben können, dieses aber in verschiedenen Bereich offenbar effizienter machen als wir.

Ansatzweise zeigte, wie gesagt, der Kämmerer bei der Einbringung des Haushalts ähnliche Charts wie ich sie hier immer wieder um Besten gab. Nun müssen aber auch Taten folgen.

In diesem Zusammenhang muss auch die interkommunale Zusammenarbeit erwähnt werden. Auch hier könnte viel mehr geschehen. Selbst wenn man bedenkt, dass in anderen Kommunen auch Kirchtürme stehen, die den Blick nicht ganz so weit zulassen, könnten unsere Anstrengungen weiter gesteigert werden.

Allerdings gibt es ein sehr positives Beispiel einer Zusammenarbeit; auf die „RuhrBahn“ werde ich noch einmal zurückkommen.

## **Konnexität**

Der Bund und das Land verabschieden Gesetze, deren Sinnhaftigkeit ich nicht in Frage stellen will. Aber mit der Konnexität nehmen es beide nicht so genau. Das Land ist im Rahmen unseres föderalen Systems zuständig für die Belange der Kommunen. Und in Artikel 78 der Landesverfassung steht, dass das Land uns Aufgaben zuweisen kann, die dann aber auch mit den entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet sein müssen. Hiergegen wurde in der Vergangenheit massiv verstoßen. Die CDU-Fraktion hat dieses am Beispiel der Kostenerstattung für die Flüchtlingsunterbringung exemplarisch aufgezeigt. Einem diesbezüglichen Antrag im Rat am 6. April d.J. wollten SPD, Grüne und BAMH mit unterschiedlichen Begründungen nicht zustimmen. Der Oberbürgermeister erklärte uns, dass das Land bis Mai d.J. Zahlen ermittle, über die dann verhandelt werden solle. Wir verzichteten auf eine Abstimmung, aber die versprochenen Zahlen haben wir bis heute nicht gesehen. Es gibt auch keine Verhandlungsergebnisse, die unsere Ausgaben reduzieren. Aber Spitze der Heuchelei war, dass sich eine Fraktion, die sich vorher gegen eine intensive Weiterverfolgung des Themas ausgesprochen hatte, sofort nach der Landtagswahl die

CDU-Fraktion über die Presse aufforderte, die bisher vorenthaltenen Mittel von der neuen Landesregierung einzufordern.

Ein weiterer Punkt sind die hohen Sozialleistungen, die sich Netto auf über 50 Mio.€ pro Jahr summieren. Diese Leistungen sind sicherlich sinnvoll, aber gehören u.E. nicht zum Leistungskanon einer Kommune. Der Bund schwimmt in Steuerüberschüssen und wir zahlen die Zeche. Aber auch hier ist das Land gefordert, denn der Ansprechpartner des Bundes ist das Land und nicht die Kommune. Deshalb sind Reisen von Oberbürgermeistern nach Berlin zwar öffentlichkeitswirksam aber bringen im Grunde nichts. Das Land ist gefordert, die Stimme beim Bund zu erheben. Wir erwarten hier wesentlich mehr von der neuen NRW-Landesregierung.

Die Deutsche Einheit war ein Segen, aber wir mussten und müssen zahlen. Die Summe, die die Stadt mittlerweile in den Solidarpakt gezahlt hat, beläuft sich auf über 160 Mio. €, die selbstverständlich über Kassenkredite finanziert wurden. Ich hatte im letzten Jahr bereits darauf hingewiesen, dass dieses Geld beispielsweise nach Dresden floss, einer Stadt, die inzwischen schuldenfrei ist.

Eine Förderung nach Himmelsrichtungen muss aufhören; es muss nach Bedürftigkeit gefördert werden.

## **Sparen**

Neben den Soziallasten ist einer der größten Kostenblöcke der öffentliche Personennahverkehr mit ca. 35 Mio.€ jährlich. Die CDU-Fraktion sieht diesen Bereich durchaus als Daseinsvorsorge. Allerdings wenn Busse und Bahnen nur leer durch die Gegend fahren, ist niemandem damit gedient. Deshalb forderten und fordern wir einen bedarfsgerechten ÖPNV. Wir haben dafür ein teures Gutachten in Auftrag gegeben. Das Ergebnis war, dass Straßenbahnlinien die Hauptlast des Verkehrs tragen müssten, und die Busse als Zubringer dienen sollen, was im Übrigen auch von der Bezirksregierung gefordert wird. Das Gutachten, das gemeinsam von CDU und SPD in Auftrag gegeben wurde, enthielt modulartig Umsetzungsvorschläge. Der erste Schritt war der Ersatz der Straßenbahn auf der Bismarckstraße durch Busse und die Neuordnung des Busnetzes im Süden unserer Stadt. Für diese Neuordnung liegen Vorschläge der CDU-Fraktion vor. Allerdings wurde dieser Punkt nicht angegangen, sondern die Mehrheit beschloss, alles so zu lassen wie es ist und noch eins drauf zu satteln, nämlich eine millionenschwere Straßenbahn nach Saarn. Die wollte

zwar niemand haben, aber wir haben immerhin ein Jahr lang nutzlos darüber verstreichen lassen. Darüber hinaus wurden weitere Ausweitungen gegen jede Vernunft beschlossen. Die Wiedereinführung des Zehn-Minutentaktes auf der Line 102 und die Erweiterungen im Busnetz kosten mal eben etwa eine Mio. €. Ich fordere die SPD-Mehrheitsfraktion auf, auf den Boden der Realität zurückzukehren und endlich die Umsetzung der Gutachternvorschläge in Angriff zu nehmen. Nur so kommen wir zu einem bedarfsgerechten, qualitativ hochwertigen und bezahlbaren ÖPNV! Ob es sinnvoll ist, dass zurzeit die maroden Gleise im Uhlenhorst erneuert werden, damit dort weiterhin leere Straßenbahnen durch den Wald fahren können, überlasse ich Ihrem Urteilsvermögen.

Und noch einmal ÖPNV. Die Zusammenarbeit mit der EVAG ist ja nun Gott sei Dank in trockenen Tüchern. Wir fahren nun gemeinsam die „RuhrBahn“. Wir gehen davon aus, dass sich hierdurch nennenswerte Einsparungen erzielen lassen. Da die Ruhr-Bahn der dritte Anlauf einer derartigen interkommunalen Zusammenarbeit ist, muss es ganz einfach ein Erfolg werden, wenn wir uns nicht landesweit lächerlich machen wollen. Dieses Projekt könnte ein Vorzeigebispiel sein, für eine weitere interkommunale Zusammenarbeit in vielen anderen Bereichen.

Ein weiterer Bereich des Personentransports ist unsere Weiße Flotte. Es ist toll, dass dieser Bereich der Betriebe der Stadt ohne Zuschüsse ein weit über Mülheims Grenzen bekanntes Touristikangebot vorhält. Hier wird ein großes Plus – Lage unserer Stadt mit der Ruhr im Zentrum – vorbildlich zur Geltung gebracht.

Das Kraftwerk der Betriebe sorgt sogar für einen Gewinn von jährlich etwa 1,5 Mio. €.

Allerdings hat die BtMH auch die maroden Tiefgaragen und den Hafen mit Hafenbahn mit den darauf liegenden Schulden geerbt. Die Sanierungsarbeiten laufen zwar planmäßig, verursachen aber auch neue Kosten. Das große Problem beim Hafen ist, dass eine Reihe nicht hafenaffiner Betriebe sich dort niedergelassen haben. Damit entfielen immer mehr Einnahmen. Für die Zukunft muss hier verstärkt gegengesteuert werden, damit die Einnahmen von Hafen und Hafenbahn nicht noch weiter geschmälert werden.

Auf wiederholtes Drängen der CDU-Fraktion legte die Umweltverwaltung nun ein Friedhofsentwicklungskonzept vor. Dieses begrüßen wir. Für jeden Friedhof soll nun

ein Einzelkonzept erarbeitet und anschließend kann dann eine Satzung verabschiedet werden.

In den Zuständigkeitsbereich Umweltverwaltung gehört auch das Thema Baumschutzsatzung. Wir als CDU-Fraktion können uns hier einiges an Kürzungen vorstellen, solange die Maxime gilt: „Umweltschutz ja, Gängelung der Bürgerinnen und Bürger, nein“!

Über die Blumenuhr spreche ich hier nicht.

Oben habe ich bereits einmal die Daseinsvorsorge angesprochen. Hierzu gehört mit Sicherheit auch die Kultur. Eine herausragende Einrichtung ist unser Kunstmuseum. Der Einsparungsvorschlag, nämlich die Schließung des Kunstmuseums, kann aus unserer Sicht nicht ernst gemeint sein. Die Museumsdirektorin, Frau Dr. Reese, sorgt mit spektakulären Ausstellungen seit Jahren dafür, dass unser Museum und damit auch unsere Stadt weit über unsere Grenzen bekannt wird.

Beim Theater an der Ruhr würde eine größere Transparenz guttun, zumal beabsichtigt ist, weitere Einheiten, beispielweise das Theaterbüro, dort zu integrieren. Die weißen Nächte sind ein tolles Geschenk an die Mülheimer Bürger. Allerdings ist auch hier mehr Transparenz angesagt. Es gibt Sponsoring durch städt. Töchter und es gibt einen Zuschuss der Stadt in Höhe von 10.000 €. Für den Besuch wird kein Eintrittsgeld genommen; es werden Spendenkisten aufgestellt, deren Inhalt dann einem caritativen Zweck, allerdings nicht dem maroden städtischen Haushalt zugutekommt. Beim letzten Mal kamen immerhin 5.500 € zusammen.

In einigen Bereichen will die CDU-Fraktion nicht sparen. Dieses gilt in erster Linie für die Sanierung unserer Schulen. Wir begrüßen, dass weiterhin mit höchster Priorität in unsere Schulen investiert wird. Im Vergleich mit anderen Städten in Nordrhein-Westfalen kann sich der bauliche Zustand unserer Schulen durchaus sehen lassen. Wichtig ist aus Sicht der CDU-Fraktion, dass die Investitionen für das Otto-Pankok-Gymnasium, das Schulzentrum Broich, das Schulzentrum Saarn, die Styruumer Grundschulen und die Hauptschule am Hexbachtal zügig umgesetzt werden. Selbstverständlich dürfen dabei kleinere Investitionen in unsere Grundschulen nicht vernachlässigt werden.

Unseres Erachtens sollte die Stadt auch bei der Förderung der musikalischen Erziehung durch das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ in die Bresche springen, nachdem die vorherige rot-grüne Landesregierung hier reduziert hat.

Bei anderen Investitionen tun wir uns allerdings schwer. Der Neubau des Heißener Schwimmbades war mit 10 Mio. € kalkuliert worden. Dieses war ungefähr die Summe, die auch die Sanierung des jetzigen Bades kosten sollte. Damit war eigentlich klar, dass der Neubau sinnvoller war. Wenn nun allerdings die Kosten mittlerweile auf 16 Mio. € angestiegen sind und eine Verschiebung im Zeitplan um drei Jahre stattfindet, muss noch einmal neu überlegt werden. Es gibt sicherlich Erklärungen. Wenn aber der Baugrund nicht tragfähig ist, könnte man über den Vorschlag zum Schwimmbadneubau aus der Leitbilddiskussion nachdenken.

Die Steigerungen der Kosten im Baubereich bei vielen Projekten führen dazu, dass hier deutlich nachgearbeitet werden muss; wir halten den vorgelegten Investitionsplan nicht für entscheidungsreif.

Einsparungen lassen sich aus unserer Sicht beim Personal vornehmen. Hier könnte die demografische Entwicklung genutzt werden. In jedem Industrieunternehmen wird darüber nachgedacht, mit weniger Mannschaft die gleiche Arbeit zu erledigen. Durch organisatorische Optimierung und durch den Einsatz von EDV können Arbeitsabläufe wesentlich verschlankt werden. Aber hierüber darf die Politik nicht nachdenken, da dieses in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters fällt. Deshalb die Bitte an diesen: Herr Oberbürgermeister denken Sie bitte darüber nach!

Diese Bitte hat im Übrigen auch die Regierungspräsidentin bei der Genehmigung des Haushaltes 2016 geäußert. Sie schrieb: Achten Sie darauf, dass die Personalreduzierung weitergeführt wird!

Dennoch werden munter Stellen besetzt, die beispielsweise im Sozialamt eigentlich nur als Reserve bei wieder steigender Flüchtlingszahl gedacht waren. In anderen Bereichen wird die Arbeit eine ganze Zeit von Teilzeitkräften erledigt. Diese kommen zurück in Vollzeit. Damit aber die Arbeit nun erledigt werden kann, wird zusätzliches Personal eingestellt.

## **Einnahmesteigerung**



Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Einnahmesteigerung. Durch die Bereitstellung von Flächen, die von neuen Investoren genutzt werden, ergibt sich automatisch eine Erhöhung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Nur ist hier das Problem, dass nicht beliebig viele Flächen zur Verfügung stehen. Es kommt hinzu, dass die möglichen Flächen mit Restriktionen belegt sind. Dies können Belastungen aus der Vornutzung sein, die Flächen sind nicht erschlossen oder aber die Eigentümer sind an einer Vermarktung nicht interessiert. Hierüber hat der Planungsdezernent vor einiger Zeit Ausführungen gemacht, die dann wohl bewusst missinterpretiert wurden.

Wir sollten uns bemühen, marktfähige Flächen einer Nutzung zuzuführen. Allerdings sollte dies nur geschehen, wenn es sich nicht nur um ein Verlustgeschäft für die Stadt handelt. So sollte auch die neue Straße in Styrum betrachtet werden.

Eine weitere Möglichkeit der Einnahmesteigerung ist die verbesserte Sicherung des Verkehrs. Wenn jemand eine rote Ampel überfährt und dabei fotografiert wird, kann dies ja wohl beim besten Willen nicht als Abzocke verstanden werden. Ich bin der Meinung, dass die Stadt hier einen Auftrag hat, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen.

Die schlechteste Möglichkeit der Einnahmesteigerung ist das permanente Drehen an den Steuerschrauben, und zwar immer nur nach oben. Im letzten Jahr hatte ich den damaligen NRW-Wirtschaftsminister Duin zitiert, der da sagte: Kommunen müssen aus dem Teufelskreis ständig steigender Steuersätze herauskommen. Obwohl Herr Duin nicht unserer Partei angehörte, machte dieses hier auf die Mehrheit dieses Rates keinen Eindruck.

Nun erklärt die Ministerin der neuen NRW-Landesregierung, Frau Scharrenbach: Die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen haben bundesweit die mit Abstand höchsten Grund- und Gewerbesteuersätze-Hebesätze. Mit der Einführung einer Grund- und Gewerbesteuerbremse ...wird die finanzielle Anreizwirkung zu kommunaler Steuererhöhung direkt gemindert. Ob dieses jetzt hier die Mehrheit beeindruckt?

Da die Aussage von Frau Scharrenbach so auch im Koalitionsvertrag steht, gehen wir davon aus, dass ein Sparkommissar, wenn er den kommt, hiervon durchaus Kenntnis hat. Deshalb fürchten wir dieses „Damoklesschwert“, welches immer wieder

angedroht wird, nicht. Im Gegenteil: Vielleicht „schlachtet“ es ja „heilige Kühe“, an die die Verwaltung und Rot/Grün seit Jahren nicht herangehen wollen.

Noch ein Wort zur Klarstellung. Wir haben für den Haushalt 2017 konkrete Einsparvorschläge unterbreitet. Nach unseren Vorschlägen wäre die Summe der Ausgaben reduziert worden. Und dies obwohl wir eine damals geforderte Grundsteuererhöhung ablehnten. Die Ablehnung der Grundsteuererhöhung wurde zwar von der Mehrheit des Rates über Nacht übernommen, allerdings wurde der Haushalt ausgeweitet und diese Ausweitung mit einer Erhöhung der Gewerbesteuer gegenfinanziert. Eine Genehmigung für diesen Haushalt liegt meines Wissens bis heute noch nicht vor.

Wenn wir im letzten Jahr die Kita-Gebührenreform angegangen wären, hätten wir heute etwa eine halbe Million mehr in der Kasse. Allerdings ging das nicht, weil Rot-Grün auf Landesebene im Wahlkampf Kostenfreiheit ausgerufen hatten. Uns heute für eine Gegenfinanzierung verantwortlich zu machen, ist schon mehr als abenteuerlich.

Wir sind auch in diesem Jahr gegen eine Erhöhung sowohl der Grund- als auch der Gewerbesteuer. Unseres Erachtens ist eine Erhöhung der Gewerbesteuer ein höchst gefährliches Spiel mit den Arbeitsplätzen. Dies wird auch von der Industrie- und Handelskammer sowie vom Unternehmerverband so gesehen.

Es ist richtig, dass die großen Firmen Mülheim wegen der hier getätigten Investitionen gar nicht verlassen können. Aber bei Neuinvestitionen werden sich diese Firmen sehr genau überlegen, ob sie an einem Hochsteuerstandort oder direkt hinter unserer Stadtgrenze investieren. Uns liegen die Arbeitsplätze am Herzen. Wir wollen sie nicht gefährden und lehnen deshalb auch in diesem Jahr eine Gewerbesteuererhöhung ab. Wir haben auch Deckungsvorschläge für diesen fiktiven Einnahmeausfall gemacht, die unseres Erachtens auch sehr konkret sind. Von einer Verweigerungshaltung kann überhaupt keine Rede sein.

Zum Thema Verweigerungshaltung muss noch etwas gesagt werden. Wir haben uns die 54 Einsparvorschläge der Gemeindeprüfungsanstalt, die die Politik betreffen, sehr genau angesehen und abgewogen. Von diesen GPA- Vorschlägen haben wir 30 Maßnahmen zugestimmt. Die SPD konnte bis gestern nur sieben Vorschlägen zustimmen. Hiermit ist sie im Fraktionsvergleich eindeutiges Schlusslicht. Ich stelle nun hier die Frage: Wer ist der Verweigerer? – Die CDU-Fraktion jedenfalls nicht!

Der Oberbürgermeister hat in seinem Bereich gerade einmal ein Einsparpotential für 2018 von 41.617 € identifiziert. Die Politik wurde belehrt, dass sie dazu nichts sagen darf. Vielleicht darf das dann jemand anderes.

An dieser Stelle ist es üblich, sich bei den Mitarbeitern dieses Hauses für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit zu bedanke. Das tue ich hiermit.

Es bleibt festzustellen, dass im aktuellen Haushaltsentwurf keine wesentliche Verbesserung der finanziellen Situation in der Struktur insgesamt festzustellen ist. Sparen wird als Erhöhung der Steuern verstanden.

Da die Mehrheit dieses Hauses wahrscheinlich nicht von unseren Argumenten zu überzeugen ist, werden wir diesem Haushalt, der alles andere ist als ein Sparhaushalt, nicht zustimmen.

Glückauf!

*Wolfgang Michels*

- Vorsitzender der CDU-Fraktion im  
Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr -